

# Maurer sorgt für Überraschungscoup

**ARMEE** Können neue Kampf-  
flieger doch über das ordent-  
liche Budget gekauft werden?  
Ein SVP-Nationalrat und der  
VBS-Chef sorgen in der Sicher-  
heitskommission für Aufruhr.

KARI KÄLIN  
kari.kaelin@luzernerzeitung.ch

In Sachen Armeegröße ist sich die Sicherheitspolitische Kommission (SiK) des Nationalrats mit dem Ständerat einig: Die Armee soll künftig 100 000 Mann umfassen. Dies entschied sie an ihrer Sitzung in Rapperswil, wie SiK-Präsident Jakob Büchler (CVP, St. Gallen) gestern erläuterte. Jährlich würde eine solche Armee 5 Milliarden Franken verschlingen. Mit 17 zu 8 Stimmen lehnten die SiK den Vorschlag des Bundesrats für ein 80 000 Mann starkes Heer ab.

## Blitz aus heiterem Himmel

Mehr zu reden als der Personalbestand der Schweizer Armee gab jedoch ein

«Für mich ist dieses  
Szenario  
unrealistisch.»

EDI ENGELBERGER,  
FDP-NATIONALRAT NW

überraschender Antrag von Bruno Zuppiger. Der Zürcher SVP-Nationalrat will neue Kampfflugzeuge über das ordentliche Budget besorgen. Der Ständerat hingegen hatte den Bundesrat in der Sommersession beauftragt, noch bis Ende Jahr eine Finanzierungsbotschaft zum Kauf neuer Kampfflugzeuge und zur Schliessung anderer Ausrüstungslücken vorzulegen. Für den Ersatz der veralteten Tiger-Flotte legte er einen Pfand von 5 Milliarden Franken fest,



Mehr Soldaten und neue Kampfflugzeuge und alles zum 5-Milliarden-Fixpreis. Eine Wunschliste mit Zündstoff.  
Karikatur Jals

für die Beschaffung anderer Rüstungsgüter, etwa Radschützenpanzer, sollen es 1,2 Milliarden Franken sein.

Viele bürgerliche SiK-Mitglieder traf Zuppigers Antrag wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Mit grossem Aufwand hatte der Ständerat Ideen für eine alternative Finanzierung entwickelt, und plötzlich soll die Erneuerung der

Luftwaffe doch über das ordentliche Budget erfolgen?

## Maurer löst Kopfschütteln aus

Zum allgemeinen Erstaunen bestätigte Verteidigungsminister Ueli Maurer, dass eine solche Finanzierung «nicht ausgeschlossen» sei. Angesichts dieser Ausgangslage verzichtete die SiK ges-

tern auf eine Beschlussfassung und setzte eine Sondersitzung an. Bis zum 26. August muss Bundesrat Maurer schriftlich aufzeigen, wie mit jährlich 5 Milliarden Franken nicht nur eine 100 000 Mann starke Armee unterhalten und modern ausgerüstet werden, sondern auch, wie mit diesen Mitteln die Luftwaffe erneuert werden kann.

## EXPRESS

- Die Sicherheitskommission des Nationalrats will eine 100 000 Mann starke Armee.
- Dagegen wollen linke und grüne Politiker das Referendum ergreifen.

Daran glauben etliche SiK-Mitglieder nicht. «Für mich ist dieses Szenario unrealistisch», sagt der Nidwaldner Nationalrat Edi Engelberger. Gleich wie der FDP-Politiker denken auch andere bürgerliche Politiker, vor allem ausserhalb der SVP. Der grüne Zuger Nationalrat und Armeegegner Josef Lang sagt: «Dass sich mit 5 Milliarden nun plötzlich eine 100 000-Mann-Armee und Kampfflugschiffe finanzieren lassen sollen, ist völlig unseriös.»

## Grüne wittern Manöver

Zuppiger hingegen spricht von einem «realistischen Szenario», das den Kauf neuer Kampfflugzeuge nicht weiter verzögern würde. Erfolgt dieser nämlich über das ordentliche Budget, ist er nicht referendumsfähig. Lang wittert denn auch ein Manöver, um die Kampfflugschiffe am Volk vorbeizuschmuggeln. «Bürgerliche haben Angst vor dem Volk», witterte konsequenterweise die Grüne Partei in einer Pressemitteilung. Der Souverän dürfte aber dennoch an die Urnen gerufen werden. Denn auch gegen das 100 000-Mann-Heer wollen die Grünen das Referendum ergreifen.

Unterstützung erhält Zuppiger dafür von seinem Parteikollegen Thomas Hurter. «Dieser Antrag ist nichts Neues. Wir waren in der Kommission bereits einmal an diesem Punkt», sagt der Schaffhauser SVP-Nationalrat und Milizpilot. Hurter kann sich vorstellen, dass mit einem jährlichen Budget von 5 Milliarden eine Teilbeschaffung möglich wäre. Gemäss Hurter könnte der Tiger-Teilersatz im Rüstungsprogramm 2012 oder 2013 aktuell werden – womit die neuen Flieger frühestens 2015 oder 2016 abheben könnten.

## NACHRICHTEN

### Rappaz wieder im Hungerstreik

**SITEN** sda. Der Walliser Hanfbauer Bernard Rappaz ist wieder im Hungerstreik. Rappaz ist der Auffassung, er habe bereits jetzt und nicht erst im September Anrecht auf einen Urlaub von 24 Stunden, da er einen Drittel seiner Haftstrafe verbüsst habe. Streitpunkt sind die 37 Tage seines Hausarrestes während der Untersuchungshaft im Jahr 2006, welche die Strafvollzugsbehörden nicht anerkennen wollen.

### Aargau setzt auf Atomkraftwerke

**AARAU** sda/red. Entgegen dem vom Bundes- und vom Nationalrat beschlossenen Atomausstieg soll der Kanton Aargau ein Ersatz-AKW für Beznau I und II im kantonalen Richtplan verankern. Dies verlangt eine Kommission des Grossen Rates und stellt sich damit gegen die Regierung. Das Geschäft kommt ins Kantonsparlament. Bisher hat es sich stets für die Atomenergie ausgesprochen.

### Gesundheit wird langsamer teurer

**BERN** sda/red. Die Gesundheitskosten sind im ersten Halbjahr 2011 um 0,7 Prozent gestiegen, im Vergleich zu 1,9 Prozent im Jahr 2010. In den Jahren zuvor stiegen die Kosten im Schnitt um 4,3 Prozent. Der Trend weise darauf hin, dass die kostensenkenden Massnahmen des Bundes Wirkung zeigten, schreibt das Bundesamt für Gesundheit.

## «Kosovo war eine andere Situation»

**PALÄSTINA** Soll die Schweiz Palästina rasch anerkennen?

**APK-Präsident Eugen David winkt ab. Die Schweiz solle sich in dem Fall zurückhalten.**

**Eugen David, die Palästinenser wollen von der UNO als Staat anerkannt werden. Das bringt auch das UNO-Mitglied Schweiz in die Zwickmühle.**

**Eugen David\***: Das Thema stand auf der Traktandenliste der Sitzung der ausserpolitischen Kommission des Ständerats in St. Gallen. Die Meinungsbildung im Bundesrat ist noch nicht abgeschlossen. Deshalb hatte die Aussprache der Kommission lediglich informellen Charakter.

### Also nur ein Meinungs austausch?

**David**: Immerhin konnten wir zur Kenntnis nehmen, wie das Verfahren konkret ablaufen wird. Falls ein Gesuch Palästinas für eine UNO-Mitgliedschaft vorliegt, geht es zuerst an den UNO-Sicherheitsrat, dem die Schweiz nicht angehört. Der Sicherheitsrat muss dann eine Empfehlung zuhanden der UNO-Generalversammlung abgeben. Fällt die negativ aus, kann sich die Generalversammlung gar nicht dazu äussern.

**Und die Schweiz käme in diesem Fall darum herum, in dieser Frage Flagge zeigen zu müssen?**

**David**: Der Dreh- und Angelpunkt ist der UNO-Sicherheitsrat. Sicher ist: Das Thema ist hochsensibel. Eine zentrale Rolle spielen die USA. Sie werden mit grosser Wahrscheinlichkeit von ihrem Vetorecht Gebrauch machen, falls Israel nicht in irgendeiner Form mit im Boot ist. Dann gibt es keine Empfehlung an die UNO-Generalversammlung, und

die Schweiz muss auch nicht Position beziehen.

**Heisst das, unser Land drückt sich damit einmal mehr um eine klare Haltung in der Palästina-Frage herum?**

**David**: Die Schweiz unterstützt die Zwei-Staaten-Lösung, das hat heute die Kommission nochmals bestätigt. Wir unterstützen zudem, dass diese Länder das gegenseitige Existenzrecht anerkennen und im Prinzip auch auf Gewalt gegeneinander verzichten müssen.



«Wir waren uns einig, dass unser Land keine Sonderrolle spielen kann.»

STÄNDERAT EUGEN DAVID,  
APK-PRÄSIDENT

Ausserdem sollte der Verlauf der Grenzen geklärt sein. Die Schweiz ist zwar in dieser Region stark humanitär tätig. Sie hat auch viele Kontakte. Aber wir waren uns einig, dass unser Land keine Sonderrolle spielen kann.

### Wie geht es jetzt weiter?

**David**: Wir müssen die Meinungsbildung insbesondere in Washington abwarten. Der Bundesrat wird uns wieder konsultieren, wenn konkrete Resolutionen oder gar ein Beitrittsgesuch auf dem Tisch der UNO liegen.

**Wie sollte die Schweiz im Fall einer Resolution reagieren?**

**David**: Darüber kann direkt in der UNO-Generalversammlung abgestimmt werden. Sollte die Resolution nicht einseitig sein – das heisst weder Israel noch Palästina verurteilen –, dann wäre es durchaus möglich, ihr zuzustimmen. Aber das ist meine persönliche Meinung.

**Israel ist ein wichtiger Handelspartner der Schweiz. Inwieweit beeinflusst das die politische Haltung?**

**David**: Die Beziehungen zu Israel waren in der Vergangenheit nicht immer optimal, haben sich aber verbessert. Wir wollen sie sicher nicht verschlechtern. Bei der Meinungsbildung in der Kommission haben aber ökonomische Interessen keine Rolle gespielt. Mir jedenfalls sind keine aufgefallen.

**Israel ist nervös. Da gibt es sicher intensive Kontakte.**

**David**: Wir haben von allen Seiten Post erhalten. Da wird schon versucht, bei den einzelnen Parlamentariern Druck zu machen. Die Kommissionsarbeit hat das nicht beeinflusst.

**Bei der Anerkennung des Kosovo ist die Schweiz vorgeprescht. Wieso ist das bei Palästina nicht möglich?**

**David**: Das war eine ganz andere Situation. Rund 200 000 Kosovaren lebten damals in der Schweiz. Und wir brauchten dringend einen Partner im Kosovo, um im Interesse der Schweiz einen Teil der zu uns geflohenen Bevölkerung unter humanitären Bedingungen wieder zurückführen zu können. Da war auch starkes, aber legitimes Eigeninteresse dabei. Mit Serbien gab es keine entsprechenden Verträge.

INTERVIEW CHRISTIAN KAMM  
schweiz@luzernerzeitung.ch

### HINWEIS

► \* Eugen David ist Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates (APK). ◀

## Anlauf für eine Erbschaftsteuer

**INITIATIVE** sda. Der Bund soll eine nationale Erbschafts- und Schenkungssteuer erheben und damit die AHV und die Kantone unterstützen. Christliche und linke Parteien sammeln seit gestern Unterschriften für eine entsprechende Volksinitiative. Besteuert werden sollen Nachlässe von über 2 Millionen Franken. Der Steuersatz würde 20 Prozent betragen.

### Zwei Milliarden für die AHV

Zwei Drittel der Gesamterträge von geschätzten 3 Milliarden Franken sollen der AHV zufließen. Einen Drittel sollen die Kantone erhalten, die heute mit kantonalen Erbschaftssteuern jährlich rund 800 Millionen Franken einnehmen. Durch die nationale Harmonisierung der Erbschaftsteuer würde der Spielraum für den Steuerwettbewerb eingeschränkt.

Diesem Steuerwettbewerb wollen die EVP, die Grünen, die SP, die CSP, der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) sowie das Forum von Christinnen für Soziales, Wirtschaft, Umwelt, Kultur und Entwicklung (Christnet) einen Riegel schieben. Aus ihrer Sicht trägt der Steuerwettbewerb zur Schwächung des gesellschaftlichen Zusammenhalts bei.

### Kleine Vermögen geschont

Alle Erben wollen die Initianten nicht besteuern. Die Initiative ist laut SGB-Vizepräsident Giorgio Tuti so formuliert, dass «einzig und allein die höchsten Vermögen von der Erbschaftsteuer betroffen» sind. Dank des Freibetrags von 2 Millionen Franken würden kleine und mittlere Vermögen nicht besteuert. Auch die KMU würden verschont, sagte alt CVP-Nationalrätin Rosmarie Zapfl. Zudem sollen Bauernbetriebe vollkommen von der Erbschaftsteuer befreit werden.